

Rechtsextremismus als Herausforderung für Polizei und Gesellschaft

Dr. Haydée Mareike Haass

1. Der Sammelband „Rechtsextremismus als Herausforderung für Polizei und Gesellschaft“ – Hintergründe und Fragestellungen¹

Libérale Demokratien stehen weltweit vor der Aufgabe, die global wachsenden Herausforderungen an moderne Gesellschaften zu bewältigen und gleichzeitig ihren freiheitlich-pluralistischen Kern zu verteidigen. Weltweit sehen sich freiheitliche Ordnungen massiver Kampagnen und Angriffen illiberaler, populistischer und extrem rechter Akteur:innen und Bewegungen ausgesetzt. Rassistische und antisemitische Gewalttaten, menschenverachtende Sprache und diskriminierende Diskurse haben in den vergangenen Jahren auch hierzulande deutlich zugenommen.² Mittels digitaler, lokaler und internationaler Mobilisierungsstrategien, Gaming-Formaten und emotionalisierender Rhetorik in sozialen Medien diffamieren rechtsextreme Akteur:innen gezielt demokratische Institutionen und die Demokratie insgesamt. Diese Kampagnen richten sich insbesondere gegen geflüchtete Menschen, Sinti und Roma, Jüdinnen:Juden sowie gegen Personen, die als muslimisch oder als queer gelesen werden. Auch Angehörige alternativer Jugendkulturen und Personen die einer politisch linken Richtung oder einer linken „Szene“ angehören oder dieser zugerechnet werden, sind hier anzuführen.³

1 Mein Dank gilt Felix Lange für die kritischen Anmerkungen zu den Beiträgen.

2 Vgl. Andreas Zick/ Beate Küpper/ Niko Mokros/ Marco Eden, Die Mitte Studie. Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland. Die Mitte Studie, 2024/25, hrsg. v. Franziska Schröter, Bonn 2025.

3 Matthias Quent, Rechtsextreme Akteure in Deutschland. Ein Überblick 2024, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544330/rechtsextreme-akteure-in-deutschland/> [3.1.2026]; Till Kössler/ Janosch Steuer, Brandspuren: das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023; Christoph Schulze, Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Bonn 2022; Schlüsseltexte der „Neuen Rechten“. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens, hrsg. v. David Meiering, Wiesbaden 2022; Armin Pfahl-Traugber, Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019.

Digitale Welten sind Teil moderner Gesellschaften. Sie spielen auch für Reichweite, Vernetzung und Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten und für die Verbreitung entsprechender Inhalte eine bedeutende Rolle.⁴ Dies verdeutlichen nicht zuletzt die Chatgruppenaffären innerhalb der Polizei. So werden Medienstrategien gezielt durch Memes operationalisiert, wodurch Kommunikationsräume entstehen, die sich erst im Digitalen eröffnen.⁵

Diese Entwicklungen stellen nicht nur eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar, sondern haben auch in besonderer Weise und in mehrfacher Hinsicht Auswirkungen auf die Polizei als eine der zentralen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols, als Garantin von Grundrechten und als erste Ansprechpartnerin für Betroffene von (rechter) Gewalt kommt ihr eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung demokratischer Normen und der Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu.⁶ Eine zentrale Kompetenz zur Ausübung dieser Rolle ist hierbei die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel und somit auch eine Sensibilität für die Anerkennung der Perspektive von Betroffenen bzw. des polizeilichen Gegenübers.⁷

Polizeibeschäftigte erleben durch ihren täglichen, unmittelbaren Kontakt mit Bürger:innen gesellschaftliche Spannungen, Polarisierungen und Konflikte oft besonders intensiv. Sie sind unmittelbar Zeug:innen von verbalen Auseinandersetzungen, Demonstrationen oder Eskalationen im öffentlichen Raum und spüren die Folgen gesellschaftlicher Konflikte direkt vor

4 Vgl. Aurelia Brandenburg/ Linda Schlegel/ Felix Zimmermann, Handbuch Gaming & Rechtsextremismus: Voraussetzungen, Einstellungen, Prozesse, Auswege, Bonn 2025.

5 Eine Zusammenfassung des Forschungsstands: Vincent Knopp/ Georgios Terizakis/ Kai Denker/ Eva Groß/ Joachim Häfele/ Daniela Pollich, Rechtsextreme Meme. Eine praxisorientierte Einführung für die Ausbildung in Polizei und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2025. Die Autor:innen beziehen sich auf Gaming-Plattformen und online-Formen wie Steam, Dlive, Discord, Twicht oder online trolling.

6 Vgl. Christoph Kopke, Rechtsextremismus in der Polizei – Skandale, Befunde und Mutmaßungen, in: Rassismus in der Polizei, hrsg. v. Daniela Hunold/ Tobias Singelstein, Wiesbaden 2022, S. 127–143.

7 Vgl. Philipp Kuschewski, Politische Bildung und Polizei – Normative Grundlagen und Gestaltung der Bildungspraxis, Frankfurt a. M. 2022, S. 85; Frauke A. Kurbacher, Haltung. Eine philosophische Befragung, in: Sozialpsychiatrische Informationen. Themenschwerpunkt: Sozialpsychiatrie als Haltung – Zwischen Attitüde, Ethos und Revolution, Jg. 2, H. 53 (2023), S. 7–10, hier S. 8; Frauke A. Kurbacher, Urteilskraft als Prototyp. Überlegungen im Anschluß an Kants „ästhetisch-reflektierende Urteilskraft“, in: Urteilskraft und Heuristik in den Wissenschaften, hrsg. v. Frithjof Rodi, Weilerswist 2003, S. 185–195.

Ort. Dies zeigt sich auch in der Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität (PMK): Sowohl Propagandadelikte als auch Gewalttaten aus dem rechtsextremen Spektrum nehmen kontinuierlich zu und verdeutlichen die wachsende Herausforderung für Polizei und Gesellschaft.⁸

Zugleich birgt polizeiliches Handeln Diskriminierungsrisiken – zum Beispiel für Menschen, die von polizeilichen Maßnahmen übermäßig betroffen sind oder nur unzureichend von der Polizei geschützt werden.⁹ Bekannt gewordene rechte Chatgruppen, rassistische Äußerungen einzelner Polizeibeschäftigter, problematische Einsatzpraktiken oder unzureichend aufgearbeitete Verdachtsfälle zeigen, dass polizeiliche Organisationen inmitten gesellschaftlicher rechtsgerichteter Dynamiken stehen. Solche Vorfälle – unabhängig davon, ob sie strukturelle Ursachen oder individuelles Fehlverhalten widerspiegeln – haben das Potenzial, Vertrauen in staatliche Institutionen zu untergraben, insbesondere bei jenen Menschen, die bereits seit Jahrzehnten Erfahrungen mit Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken gemacht haben.

Im Zuge der Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Deutschland und seit dem Tod von George Floyd in den USA steht das Thema Rassismus, Rechtsextremismus oder Menschenrechtsbildung in der Polizei nicht nur stärker im Fokus der Öffentlichkeit, sondern auch der polizeilichen Aus- und Fortbildung.¹⁰ Der NSU-Komplex hat deutlich gezeigt, dass polizeiliche Aus- und Fortbildung stärker auf „situiertes Wissen“ angewiesen ist – also auf das Wissen, das Menschen aus ihren konkreten Lebensrealitäten mitbringen. Die systematische Einbeziehung migrantischer Perspektiven oder der Perspektiven von Betroffenen rassistischer, antisemitischer und extremistischer Gewalt, kann die Handlungskompetenz im Umgang mit

8 Vgl. BKA, Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland erreicht neuen Höchststand, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html?utm_source=chatgpt.com [26.1.2026]. Propagandadelikte und Gewalttaten werden zudem stärker registriert und sind dadurch sichtbarer.

9 Siehe hierzu den im Jahre 2025 veröffentlichten Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Polizei und Diskriminierung. Ein Überblick über Risiken, Forschungslücken und Handlungsempfehlungen, https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2025/20250522_Polizeistudie.html [26.1.2025].

10 Vgl. Britta Schellenberg/ Bernhard Frevel, Rassismus und Rechtsextremismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei. Aus- und Fortbildung, in: Forum Politische Bildung und Polizei H. 2 (2021); Britta Schellenberg/ Bernhard Frevel, Rassismus und Rechtsextremismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei. Ermittlungsarbeit und Opferschutz, in: Forum Politische Bildung und Polizei H. 1 (2021).

Diskriminierung, Rechtsextremismus und gesellschaftlichen Spannungen verbessern, demokratische Werte in der Praxis stärken und das Vertrauen zwischen Polizei und Bürger:innen nachhaltig fördern.¹¹ Die Chance zur didaktischen Ermöglichung eines dementsprechend praxisnahen, partizipativen Lernens liegt in Kooperationen polizeilicher Bildungseinrichtungen mit Opferberatungsstellen, Migrant:innenselbstorganisationen, Selbstorganisationen von marginalisierten oder diskriminierten Gruppen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.¹²

Zu den Aufgaben der Polizei als Institution gehört es, die Verfassung zu schützen. Rechtsextreme Ideologien widersprechen nicht nur der Menschenwürde und dem Diskriminierungsverbot, sondern untergraben zu-

11 Hier sei der Abschlussbericht der InRa-Studie „Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext ausgewählter gesellschaftlicher-institutioneller Bereiche“ des unabhängigen Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) verwiesen, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2026/02/inra.html> [3.3.2026]. Insbesondere ist hierbei die Erörterung polizeilicher Vorgehensweisen im Kontext von Rassismus und des Umgangs mit Diskriminierungen zu erwähnen, welche der „Nationale Aktionsplan gegen Rassismus“ der Bundesregierung (Juni 2017) als ein wichtiges Anliegen der polizeilichen Bildungsarbeit eingestuft hat, an den von der Bundesregierung im November 2020 beschlossenen „Abschlussbericht des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ und (im Sinne der Sensibilisierung, Prävention, Strafverfolgung und des Opferschutzes) den Austausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft im Rahmen der Bildungsarbeit unterstützen, die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ der Bundesregierung (November 2022) bzw. dort hinterlegte Forderungen, in der Polizei Strukturen zur Antisemitismusprävention und zur Sensibilisierung zu schaffen und den Austausch etwa zwischen Justiz, Staatsanwaltschaften, Opferschutzverbänden und der Polizei zu fördern. Die EU hat in den letzten Jahren verschiedene Initiativen und Maßnahmen ergriffen, um Diskriminierung und Rassismus innerhalb der Polizei zu bekämpfen. Zu diesen Initiativen zählen unter anderem der „Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung von bestimmten Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durch das Strafrecht“, der „Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025“ sowie die Einrichtung von Stellen für Gleichbehandlungsfragen und für die Bekämpfung von Diskriminierung.

12 Siehe hierzu den Abschlussbericht der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW, <https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/berichtstrechtsband1.pdf> [19.8.2025]; vgl. den Abschlussbericht der Hessischen Expertenkommission: https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2021-10/20210712_abschlussbericht_experten-kommission.pdf [13.4.2023]. Zur Perspektive von Betroffenen siehe exemplarisch: Bericht der Unabhängigen Kommission Antiz**anismus, Perspektivwechsel - Nachholende Gerechtigkeit - Partizipation, Berlin 2021, S. 282, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf> [22.10.2025].

gleich auch das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip.¹³ Eine demokratische Haltung der Polizisten und Polizistinnen sowie die Fähigkeit zum dialogischen Perspektivenwechsel ist daher Ausdruck von Verantwortung und Professionalität und muss nicht nur Zielsetzung polizeilich-politischer Bildung sein.¹⁴ So zeigen Handlungsempfehlungen zu einschlägigen Vorfällen in einzelnen polizeilichen Dienstgruppen, dass die Umsetzung ethischer Grundsätze im Polizeialltag stark davon abhängt, ob und wie die Werte innerhalb der Organisation gelebt werden und ob Vorgesetzte beispielsweise bei menschenverachtenden, rassistischen oder sexistischen Witzen einschreiten – damit sind Herausforderungen skizziert, vor welcher neben der Bildungspraxis auch polizeiliche Führungskräfte und Behörden selbst stehen.¹⁵

Die zunehmende Normalisierung menschenfeindlicher Positionen sowie das Erstarken autoritärer Bewegungen verdeutlichen die anhaltende Relevanz der Auseinandersetzung mit demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Sie stellen die normativen Grundlagen polizeilichen wie auch universellen Handelns infrage – insbesondere die Gleichheit vor dem Gesetz, die Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von Minderheiten, die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt sowie einen respektvollen und sensiblen Umgang mit Betroffenen. Bereits im Jahr 2024 wurde das „13-Punkte-Paket“ mit dem Titel „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“ von der damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser vorgestellt, mit dem sie mit Verweis auf die „Instrumente der wehrhaften Demokratie“ zivilgesellschaftliche Maßnahmen zu stärken suchte. Das Potenzial von Zivilgesellschaft und die Herausforderungen hinsichtlich der Kooperationen zwischen Polizei und Zivilgesellschaft in Bezug auf die „Bekämpfung

13 Vgl. Kuschewski, Normative Grundlagen, S.105. Kritisch: „Der Verfassungsschutz hat keinen guten Überblick darüber, wie es in der Polizei aussieht“, Interview mit Prof. Tobias Singelnstein von Heike Kleffner/ Matthias Meisner, in: Staatsgewalt: Wie rechtsradikale Netzwerke die Sicherheitsbehörden unterwandern, hrsg. v. dies., Freiburg/ Basel/ Wien 2023, S. 204–215.

14 Beispielhaft kann hier die „AG Dialog“ aus Dortmund genannt werden, welche nach einem tödlichen Schusswaffeneinsatz im Jahr 2022 gegründet wurde: <https://dortmund.polizei.nrw/presse/polizei-dortmund-und-akteure-der-zivilgesellschaft-unterzeichnen-eine-kooperationsvereinbarung> [1.3.2026].

15 Vgl. Carsten Dübbers, Umgang von Führungskräften mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: Handbuch Polizeimanagement, hrsg. v. Dieter Wehe/ Helmut Siller, Wiesbaden 2017, S. 497–516.

des Rechtsextremismus“ hob zuletzt auch die Studie „Connect“ hervor.¹⁶ Rechtsextremismusprävention¹⁷ sollte daher einen konzeptionellen Beitrag zum Schutze der Demokratie leisten und eine Demokratisierung von Staat und Zivilgesellschaft vorantreiben und hierbei zum Perspektivenwechsel und Austausch einladen.¹⁸ Vor diesem Hintergrund versammelt der vorliegende Band ausgewählte Beiträge, die das Verhältnis von Polizei, und dem Themenfeld Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten.

Der Sammelband verfolgt dabei drei Fragestellungen:

1. Welche Auswirkungen haben gesellschaftliche und politische Entwicklungen und institutionelle Strukturen, insbesondere der Aufstieg der AfD, auf das Selbstverständnis, die Rolle und das Handeln der Polizei?
2. Wie wirken rechtsextreme Akteur:innen, Ideologien und Praktiken in gesellschaftliche Räume wie Jugendkulturen, Medien, digitale Welten und (lokale) Alltagsökonomien hinein und welche Perspektiven und Erfahrungen von Betroffenen rechtsextremer Gewalt und Diskriminierung müssen in Analyse, Prävention und polizeilichem Handeln stärker berücksichtigt werden?

16 Vgl. Andreas Beelmann/ Thomas Görgen/ Dominic Kudlacek/ Sebastian Lutterbach/ Andreas Arnold/ Josephine Gerlach/ Pauline Naujoks/ Tihomir Vrdoljak, Stärkung der Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus. Abschlussbericht zum Projekt „Connect“ im Auftrag des Bundesministerium des Inneren und für Heimat, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/abschlussbericht-connect.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [25.1.2026].

17 Der Begriff der Prävention ist in der Politischen Bildung umstritten.

18 Vgl. Judith Goetz/ Susanne Reitmaier-Juárez/ Dirk Lange, Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Politische Bildung – Pädagogik – Prävention, hrsg. v. Dirk Lange, Wien 2022; Thomas Feltes/ Holger Plank, Auf dem Weg zu einer rechtschaffen(d)en, demokratischen Bürgerpolizei. Was kann und was muss getan werden, um Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei vorzubeugen?, in: Rassismus, Rechtsextremismus, Polizeigewalt. Beiträge für und über eine rechtschaffen(d)e, demokratische Bürgerpolizei, hrsg. v. Thomas Feltes/ Holger Plank, Frankfurt a. M. 2021, S. 263–300. In Bezug auf die Perspektive von Zivilgesellschaft: Philipp Kuschewski/ Verena Schulze, Politische Bildung als Beitrag zur Förderung der Fehlerkultur in der Polizei, in: Fehlerkultur in der Polizei. Ausprägung, Einflussfaktoren und Möglichkeitsräume, hrsg. v. Kai Seidensticker, Wiesbaden 2025, S. 401–415, hier S. 411. Siehe hierbei auch den Beitrag in diesem Sammelband von Susanne Feustel und Michael Sturm, welche Ost- und Westperspektive am Beispiel von Polizei und Mobiler Beratung zusammenbringen.

3. Wie können dialogische Formate, Demokratiebildung und Kompetenzentwicklung strukturell in der Polizei verankert werden, ohne auf symbolische oder punktuelle Maßnahmen reduziert zu bleiben?

Vor allem geht es im Sammelband um die Frage, wie eine nachhaltige Handlungsorientierung und menschenrechtsbasierte Vermittlungsarbeit in der Polizei durch Selbstreflexion und demokratische Haltung gestärkt werden kann, die Auseinandersetzung mit historisch-politischen Fragestellungen und lebensweltlichen Perspektiven als Kompetenzziel in Demokratiebildungsprozesse einbezieht. Eine Möglichkeit zur Förderung dieser Kompetenz sowie zur Ausbildung der Fähigkeit demokratisch ausgerichteter Urteils- und Reflexionsfähigkeit besteht im Aufbau eines professionellen Verständnisses von Demokratie und Menschenrechten.

2. Rechtsextremismus: Begriffsbestimmung, historische Entwicklungen und aktuelle Dynamiken

Im Jahr 2024 ist das rechtsextremistische Personenpotenzial laut Verfassungsschutzbericht um ein Viertel im Vergleich zum Vorjahr gestiegen – von 40.600 auf 50.250 Personen, darunter 15.300 Gewaltorientierte.¹⁹ Auch die Gesamtzahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten nahm 2024 zu, insgesamt 37.835, darunter 1.281 Gewalttaten.²⁰ Im Bereich der Hasskriminalität, in dem Groß und Häfele von einem Dunkelfeld von 80 Prozent ausgehen, sind ebenfalls Zuwächse zu verzeichnen.²¹ Auch die Zustimmung zu einem „manifest rechtsextremen Weltbild“ verfünffachte sich in den letzten Jahren. 20 Prozent der Befragten in Bevölkerungsbefragungen sind sich nicht sicher, ob sie den Aussagen zur Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, die mit einer Verharmlosung des Nationalsozialismus und Sozialdarwinismus, Nationalismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit

19 Diese Zahlen berücksichtigen freilich nur das Hellfeld nach Behördensicht.

20 Vgl. Siehe hierzu auch den Verfassungsschutzbericht 2024, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [8.9.2025].

21 Vgl. Zick/ Küpper/ Mokros/ Eden, Die Mitte Studie, hrsg. v. Franziska Schröter, Bonn 2022/23; Zick/ Küpper/ Mokros/ Eden, Die Mitte Studie, hrsg. v. Franziska Schröter, Bonn 2025; Joachim Häfele/ Eva Groß, Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen, in: MOTRA-Monitor 2022, hrsg. v. Uwe Kemmesies/ Peter Wetzels/ Beatrix Austin/ Christian Büscher/ Axel Dessecker/ Swen Hutter/ Diana Rieger, S. 460–471.

einhergeht, zustimmen sollten oder nicht.²² Erstmals seit den Wahlerfolgen der frühen NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) in den 1960er Jahren hat eine Partei rechts von CDU/CSU es geschafft, eine erhebliche Anzahl an Stimmen in Land- und Bundestagswahlen und auf kommunaler Ebene auf sich zu vereinen. In anderen Ländern der Europäischen Union, wie Frankreich und Italien, haben rechtspopulistische Parteien ebenfalls starken Zulauf und sind zum Teil in Regierungsverantwortung.²³ Die Auswirkungen können als demokratiegefährdende Phänomene identifiziert werden, die international zu beobachten sind und den Rückgang demokratischer politischer Systeme zur Folge haben könnten.²⁴

Durch gezielte internationale Kampagnen, beispielsweise über Social Media, Gaming-Plattformen oder in anderen diskursiv-digitalen und politischen Kommunikationsräumen polemisieren Akteur:innen gegen etablierte Parteien und Medien, Menschen mit Migrationsgeschichte und Minderheiten sowie Erinnerungskultur und Diversity.²⁵

Dem bisweilen im polizeilichen Kontext als Erklärungsansatz verwendeten Hufeisenmodell – wonach politische Positionen quasi im Halbkreis darzustellen sind, wobei die extremen Ränder sich gleich wie die Enden eines Hufeisen sich aufeinander zubewegen – wird vorgeworfen, Radikalisierungsprozesse in der politischen Mitte der Bevölkerung nicht erfassen zu können.²⁶ Die Extremismustheorie erlaubt es zwar, ideologische Elemente des Rechtsextremismus zu analysieren, bezieht ihre Forschungsmethodik aber auf die bundesdeutsche Verfassungsidentität und hieraus resultierende Erfordernisse der Sicherheitsbehörden, wodurch sie Strategien und Phänomene der extremen Rechten innerhalb der Mitte der Gesellschaft, etwa im Gaming oder in Bezug auf rechtsextreme Memes aber auch das Entstehen

22 Vgl. Zick/ Küpper/ Mokros/ Eden, Die Mitte Studie, hrsg. v. Franziska Schröter, Bonn 2022/23.

23 Samuel Salzborn, Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2025.

24 Armin Schäfer/ Michael Zürn, Demokratische Regression, Berlin 2021.

25 Vgl. Salzborn, Rechtsextremismus, 2025.

26 Zusammenfassung des Forschungsstands bei: Georgios Terizakis/ Kai Denker, Der Forschungsgegenstand Rechtsextremismus, S. 24–29, in: Rechtsextreme Meme, hrsg. v. Knopp/ Terizakis/ Denker/ Groß/ Häfele/ Pollich, Bielefeld 2025; Fabian Virchow/ Alexander Häusler, Begriffliche Einordnung, Rechtsextremismus – Rechtsradikalismus – extreme Rechte – Faschismus – Neonazismus – Neue Rechte – Rechtspopulismus, in: Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten, hrsg. v. Christoph Gille/ Birgit Jagusch/ Yasmin Chehata, Weinheim 2022, S. 38–48.

von faktischen Bündnissen und „Mischszenen“ nicht erklären kann.²⁷ Die Diskussion über die Extremismustheorie und den Extremismusbegriff und die dazu inzwischen umfangreich vorliegende Literatur kann an dieser Stelle leider nicht weiter behandelt werden.²⁸

In Forschung und Öffentlichkeit existieren daher unterschiedliche Begriffe, um Phänomene am rechten Rand des politischen Spektrums zu beschreiben, darunter „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“ oder die „extreme Rechte“. Diese Terminologien werden teils synonym, teils unterschiedlich verwendet, und sie stehen auch in Konkurrenz zueinander.²⁹ Der Begriff „Rechtsextremismus“ fungiert als „Sammelbegriff“, dem bestimmte Handlungen, Komponenten und Einstellungen zugeschrieben werden. Trotz Kritik an seiner „unscharfen Verwendung“ und „staatlich-normativen Prägung“ hat er sich weitgehend durchgesetzt und ist weniger umstritten als „Linksextremismus“ oder „Extremismus“.³⁰ Nach Botsch dient er der „Kennzeichnung von Ereignissen und Positionen am äußerst rechten Rand

27 Eva Groß/ Joachim Häfele/ Kai Denker/ Georgios Terizakis, Einleitung, in: *Rechtsextreme Meme*, S. 13.

28 Vgl. nur: Max Fuhrmann, *Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2019; Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen, hrsg. von Christoph Gollasch/ Kai Padberg/ Barbara Dunkel, Berlin 2019; Armin Pfahl-Traughber, Die Extremismustheorie und deren Kritik. Eine kritische Prüfung verbreiteter Zerrbilder, *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* H. 3 (2024), S. 45-57. In der Extremismustheorie von Eckhard Jesse und Uwe Backes werden Extremismus und Demokratie als klar gegenüberstehende Pole verstanden: Politische Akteur:innen der demokratischen Mitte stehen den Extremen an den Rändern gegenüber, vgl. Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Wiesbaden 1989; Kritisch: Salzborn, *Rechtsextremismus*, 2025. Die Mitte-Studie des Bielefelder Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung sowie die Arbeiten der Leipziger Studiengruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker zeigen, dass diese Deutungen überholt sind.

29 Vgl. Fabian Virchow, *Rechtsextremismus: Begriffe, Forschungsfelder – Kontroversen*, in: *Handbuch Rechtsextremismus*, hrsg. v. Fabian Virchow/ Martin Langebach/ Alexander Häusler, Wiesbaden 2026, S. 5–42.

30 Vgl. *Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und Staat*, hrsg. v. Gideon Botsch/ Friedrich Burschel/ Christoph Kopke/ Felix Korsch, Berlin 2023; Fabian Virchow/ Alexander Häusler, *Begriffliche Einordnung*, S. 38. In der politischen Bildung bleibt der Extremismusbegriff umstritten, gilt aber als wichtiges Mittel, um Radikalisierung vorzubeugen, vgl. Dominik Feldmann, *Demokratie trotz(t) Antiextremismus? Extremismusprävention für (Ent-) Demokratisierung und politische Bildung*, Frankfurt a. M. 2022; Julika Bürgin, *Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung*, Weinheim 2021.

des politischen Spektrums“.³¹ Rechtsextreme Ideologien sind weder statisch noch eindimensional. Cas Mudde zufolge bestehen sie jedoch meist aus mehreren charakteristischen Komponenten. Die erste ist Nationalismus, bezogen auf einen Staat oder eine spezifische Ethnie. Die zweite ist Exklusivismus, der sich als Rassismus, Antisemitismus oder Zuwanderungsfeindlichkeit äußern kann und sich teilweise mit der dritten Komponente – Fremdenfeindlichkeit gegenüber den als „Andere“ markierten Gruppen – überschneidet. Die vierte Komponente zeigt sich in undemokratischen Elementen wie Elitismus, Monismus oder Personenkult. Die fünfte ist Populismus, verbunden mit dem Bewusstsein, gegen „das Establishment“ und für „das Volk“ zu handeln. Die sechste Komponente betont die Verteidigung von Recht und Ordnung, oft gerechtfertigt durch die angebliche Bedrohung durch als fremd wahrgenommene Gruppen. Die siebte und letzte Komponente besteht in der Klage über den Verlust traditioneller Strukturen wie Familie, Gemeinschaft oder Religion.³² Bereits vor 2020 wies Botsch darauf hin, dass rechtsextremistischer Terror oft außerhalb der Wahrnehmung der Sicherheitsbehörden blieb, da seine Kernelemente mit herkömmlichen Definitionen von Rechtsterrorismus schwer zu erfassen sind. Rechtsextreme Ideologien sind weder homogen noch feststehend, sondern wirken als Spektrum, in dem unterschiedliche Akteur:innen – vom rechtskonservativen Mainstream bis zu gewaltbereiten Rändern – die Komponenten je nach Kontext unterschiedlich gewichten. Diese Dynamik verdeutlicht, dass Täter:innen, Netzwerke und Gruppen nicht isoliert handeln. Vor allem der globale Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen spielt eine Rolle: Rechtspopulismus konstruiert problematische „Andere“ und ermutigt „das Volk“, selbst aktiv zu werden, wodurch die Wahrscheinlichkeit rechtsextremer Gewalt steigt.³³ Wann und unter welchen Bedingungen aus ideologisch motivierter, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und autoritärem Nationalismus die Bereitschaft zu politischen Taten entsteht, lässt sich zwar beobachten und wissenschaftlich analysieren, ist aber letztlich kontingent und daher nicht allgemeingültig vorhersagbar.³⁴

31 Vgl. Gideon Botsch, Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, in: Handlexikon rechter Radikalismus, hrsg. v. Klaus Ahlheim/ Christoph Kopke, Ulm 2017, S. 219.

32 Vgl. Cas Mudde, *The Far-Right Today*, Cambridge 2019.

33 Vgl. Thomas Greven, *The Rise of Right-Wing Populism in Europe and the United States. A Comparative Perspective*, Berlin–Washington, D. C. 2016.

34 Vgl. Astrid Séville, Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* Jg. 69, H. 49/50 (2019).

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive wird Rechtsextremismus vielfach als „Sammelbezeichnung für antidemokratische Auffassungen und Bestrebungen mit traditionell politisch rechtseinzuzuordnenden Ideologeelementen“ verstanden, wie Nationalismus, Autoritarismus, Antipluralismus und die Ideologie der Ungleichheit.³⁵ Hans-Gerd Jaschke beschreibt ihn als „Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen, Aktionen, organisiert oder nicht, die von der [...] ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratiebildung rückgängig machen wollen“.³⁶ Richard Stöss subsummiert unter Rechtsextremismus neben (neo)faschistischen auch deutschnationale und national-konservative Konzepte und schlägt die Bezeichnung „völkischer Nationalismus“ vor.³⁷ Der Ausdruck „extreme Rechte“ greift diese Definition teilweise auf, betont jedoch zusätzlich politische Konzepte, die soziale Hierarchien als unvermeidlich, naturgegeben oder erstrebenswert ansehen.³⁸ Zudem nimmt der Begriff „extreme Rechte“ auf die Existenz entsprechender Akteur:innen Bezug bzw. diese in den Fokus.³⁹ Cas Mudde differenziert zwischen einer demokratiefeindlichen „extremen“ oder „äußersten Rechten“ und einer „radikalen Rechten“, die zwar die Kernelemente der Demokratie akzeptiert, jedoch nicht die grundlegenden Bestandteile der liberalen Demokratie wie Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung.⁴⁰

35 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*, Bonn 1993, S. 18.

36 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*, Opladen 2001, S. 31.

37 Vgl. Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2010.

38 An dieser Stelle sei auf den Arbeitskreis „Extreme Rechte“ verwiesen, <https://zeitgeschichte-extreme-rechte.de/2026/01/27/cfp-demokratieschutz/> [27.1.2026]; Virchow, *Rechtsextremismus. Begriffe, Forschungsfelder – Kontroversen*, 2016, S. 17.

39 Vgl. Gideon Botsch, *Rechtsextremismus als politische Praxis. Umrisse akteursorientierter Rechtsextremismusforschung*, in: *Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke*, hrsg. von Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel, Baden-Baden 2017, S. 131–146.

40 Vgl. Fabian Virchow/ Alexander Häusler, *Begriffliche Einordnung*, S. 41; Michael Minkenberg, *Demokratie und Desintegration. Der Politikwissenschaftliche For-*

Parteien und Organisationen, die als extrem rechts oder rechtsextrem gelten, umfassen neben der 1964 gegründeten NPD (inzwischen „Die Heimat“ bzw. „HEIMAT“) sowie „Die Rechte“ (inzwischen aufgelöst) und „Der III. Weg“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat im Mai 2025 zudem nach mehrjähriger Prüfung die AfD auf Bundesebene als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. Grundlage war ein umfangreiches internes Gutachten, in dem insbesondere ethnisch-völkische und demokratiefeindliche Elemente im Parteiprogramm und in Äußerungen führender Funktionsträger:innen identifiziert wurden. Als extremistisch eingestuft werden nach Einschätzung des BfV Äußerungen und Positionen, die gegen Menschenwürde, Rechtsstaat und demokratische Grundordnung verstoßen und diskriminierende Narrative fördern. Der Aufstieg der Partei und ihr bislang erfolgreiches Abschneiden bei Wahlen stellt die freiheitlich-demokratische Grundordnung, das Prinzip der streitbaren Demokratie aber auch – angesichts wahlarithmetischer Überlegungen und der Frage möglicher Bündniskonstellationen – die Verfassungstreue demokratischer Parteien auf den Prüfstand.

3. Aufbau des Sammelbands

Polizei, Strukturen und Rechtsextremismus

Der erste Teil nimmt die Polizei selbst in den Blick. Er fragt nach politischen Einstellungen, rechtlichen Rahmenbedingungen und Strukturen innerhalb der Polizei sowie nach Präventions- und Interventionsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen innerhalb von Polizeibehörden.

Einleitend nimmt *Christoph Kopke* **Rechtsextremismus als vielschichtiges und erklärungsbedürftiges Handlungsfeld polizeilicher Praxis in den Blick**. Der Beitrag zeichnet die Auseinandersetzung der Polizei mit Rechtsextremismus seit den frühen 1990er Jahren nach. Ausgehend von den „Baseballschlägerjahren“ und der Überforderung der Polizei angesichts rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung rekonstruiert er zentrale Deutungsmuster, Kontroversen und Forschungslinien zur Frage rechtsextremer und rassistischer Einstellungen innerhalb der Polizei. Im Fokus stehen dabei sowohl Debatten um individuelle Einstellungen, strukturelle Bedingun-

schungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Berlin 2015, S. 209.

gen und institutionelle Selbstentlastungsstrategien als auch Konflikte um polizeiliche Kontrollpraxis, Racial Profiling und den Vorwurf des institutionellen Rassismus. Angesprochen wird auch der NSU-Komplex als Zäsur für die Polizei, die grundlegende Analyse- und Organisationsdefizite sichtbar gemacht und umfangreiche Reformforderungen nach sich gezogen hat. Zugleich nimmt der Beitrag die Polizei als Akteurin im Umgang mit der extremen Rechten in den Blick – von Staatsschutzermittlungen über Versammlungslagen bis hin zur Präventionsarbeit. Abschließend diskutiert der Artikel aktuelle Herausforderungen durch einen gesellschaftlichen Rechtsruck, neue Protestkonstellationen und Mobilisierung und fragt, wie belastbar die bisherigen Reformen für die Zukunft der polizeilichen Praxis sind.

Tobias Singelnstein macht deutlich, dass die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Fragen nach Sicherheit, Migration oder Globalisierung Auswirkungen auf die Polizei haben. Sie berühren zentrale Themenfelder der Polizei. Für die extreme Rechte könnte die Polizei als zentraler Bezugspunkt funktionieren. So argumentiert er, dass das polizeiliche Aufgabenfeld eine stetige Quelle politischer Resonanz sei: Kriminalität, Gefahren und Bedrohungslagen bieten Stoff, um gesellschaftliche Unsicherheit anzusprechen und zugleich zu verstärken. Diese Verunsicherung lässt sich wiederum über das zentrale Thema Migration populistisch aktivieren, indem sie in emotionalisierte und stark vereinfachte Politikangebote überführt wird. Neben dieser diskursiven Aufladung existiert eine **instrumentelle Logik**: Die Polizei erscheint der extremen Rechten als potenzielles Organ, über das sich politische Zielsetzungen im staatlichen Alltag realisieren lassen.

Empirische Zugänge zum Thema eröffnen verschiedene Perspektiven, wie der Beitrag von *Jochen Wittenberg* anhand der bundesweiten MEGA-VO-Studie der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) zeigt, die seit 2021 durchgeführt wird: Auf individueller Ebene richtet sich der Blick sowohl auf Polizeibeamt:innen als auch auf Personen, die polizeilichem Handeln ausgesetzt sind und sich von diskriminierenden Routinen oder Fehlverhalten betroffen sehen. Darüber hinaus bildet die Analyse institutioneller und struktureller Bedingungen polizeilichen Handelns eine zentrale Forschungsperspektive. Neuere Studien verwenden dabei unterschiedliche Methoden, von groß angelegten Befragungen bis hin zu teilnehmender Beobachtung und Expert:inneninterviews. Im Mittelpunkt der Darstellung des Beitrags von *Wittenberg* stehen insbesondere die Befunde zu demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen, die sich über die ersten beiden Erhebungsphasen hinweg abzeichnen. Geschlossene demokratie- und men-

schenfeindliche Weltbilder sind demnach sehr selten, extreme Positionen bei einzelnen Einstellungsbereichen aber andererseits keine Einzelfälle. Insbesondere die erkennbaren Graubereiche machen deutlich, dass die Befassung mit solchen Einstellungen ein Thema für alle Bereiche der Polizei ist, auch wenn die Mehrheit diese Haltungen meistens nicht teilt oder sogar klar ablehnt.

Die Vorfälle in den Chatgruppen in Köln-Mülheim und Frankfurt a. M. zeigen, dass extrem rechte und menschenfeindliche Einstellungen auch innerhalb der Polizei vorkommen. Über Monate hinweg wurden in diesen Gruppen neonazistische, antisemitische, menschenverachtende, sexistische sowie staats- bzw. regierungsfeindliche Inhalte geteilt. So zirkulierte beispielsweise ein Bild der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Pose, die auf historische Massenerschießungen von Jüdinnen:Juden durch Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg anspielt, **wodurch national-sozialistische Gewaltbilder in einen aktuellen politischen Kontext überführt, Täter-Opfer-Konstellationen verzerrt und antisemitische Deutungsmuster reaktiviert werden**. Dies macht die schwere Brisanz und menschenverachtende Dimension dieser Inhalte deutlich. Untersuchungen und Aufarbeitungen der Vorfälle in Mülheim und Essen machten neben Anzeichen eines vorherrschenden negativen Korpsgeistes unter den Akteuren eine offenbar schleichende Radikalisierung innerhalb des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und weitere Faktoren sichtbar, wie Carsten Dübbers in diesem Sammelband darstellt. Dübbers leitete im Innenministerium – die **Stabsstelle „rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“**, eine Einheit zur Analyse und Prävention extremistischer Einstellungen und Vorfälle innerhalb der Polizei. Er beschäftigt sich im Folgenden mit der Frage: Wie können derartige Prozesse frühzeitig erkannt und ihnen entgegengewirkt werden? So macht er deutlich, dass zu den Zielen guter Führung die Früherkennung von Tendenzen zählt, die mit dem Grundrecht der Menschenwürde nicht vereinbar sind sowie die darauf basierende Intervention zur Förderung der kritischen Reflexion und inhaltlichen Distanzierung. Maßgebliche Elemente dabei sind zunächst die frühzeitige Reaktion auf unprofessionelle und unethische Äußerungen. Ralf Wiehe ergänzt die polizeiliche und ermittlungsleitende Perspektive. Er diskutiert die umfangreichen strafrechtlichen Ermittlungen zu den im Jahr 2020 gegen Polizeibeamt:innen des Polizeipräsidiums Essen eingeleiteten Verfahren aus Sicht der damaligen besonderen Aufbauorganisation BAO „Janus“. Dabei beleuchtet er das Spannungsverhältnis, das sich zwischen festgestellten Verdachtslagen, normativen Rechtsverstößen, wahr-

genommenen Verletzungen berufsethischer Standards und dem daraus abgeleiteten Handlungsbedarf ergibt. Neben gezielten Präventionsmaßnahmen erscheint es notwendig, auch repressiven Ansätzen größere Aufmerksamkeit zu widmen. Insbesondere sollte durch eine konsequentere Durchsetzung strafrechtlicher Bestimmungen die generalpräventive Wirkung gestärkt und die Sanktionswahrscheinlichkeit für derartige Verhaltensweisen erhöht werden.

Welche Herausforderungen und Impulse für eine dialogische Zusammenarbeit lassen sich aus Sicht der Mobilen Beratung in Ost- und Westdeutschland bezüglich der Kooperationen zwischen Polizei und Zivilgesellschaft und zum Themenfeld Rechtsextremismus lesen? *Susanne Feustel*⁴¹ und *Michael Sturm*⁴² verdeutlichen das langjährige Spannungsverhältnis zwischen staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlich getragenen Demokratie- und Beratungsprojekten: Behörden hinterfragen deren Wirksamkeit, während zivilgesellschaftliche Akteur:innen staatliche Strukturen dafür kritisieren, dass sie rechte Entwicklungen verkennen. Am Beispiel von Polizei und Mobiler Beratung werden historische Entstehung, Arbeitsweisen, Handlungsfelder und zentrale Spannungsfelder untersucht, um Impulse für eine konstruktive Zusammenarbeit aufzuzeigen.

Betroffene, Zivilgesellschaft und Politiken

Der zweite Teil erweitert den Fokus auf Zivilgesellschaft und Betroffene und analysiert gesellschaftliche Dynamiken, in denen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung wirksam oder aktiviert werden – etwa in Jugend- und Körperkulturen, digitalen Räumen und Gaming, ökonomischen Strukturen oder erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen um Geschichte und Vermittlung.

In den letzten Jahren hat sich die rechtsextremistische Szene zunehmend diversifiziert und neue internationale Rekrutierungsstrategien- und Politiken entwickelt. Ein Beispiel hierfür sind die sogenannten Active Clubs, ein ursprünglich aus den USA stammendes Netzwerk extremistischer Gruppen, das *Thomas Grumke* im Kontext des rechtsextremistischen Akzelerationismus untersuchte. Sie verbinden Fitness, Kampfsport und Freizeitaktivitäten mit ideologischer Beeinflussung, um insbesondere jüngere Men-

41 Fachreferentin Kulturbüro Sachsen e.V.

42 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Münster.

schen anzusprechen und in die rechtsextremistische Szene einzubinden. In Deutschland lassen sich inzwischen ähnliche Gruppierungen beobachten, die das US-Modell übernehmen und Kampfsport sowie gemeinsame Aktivitäten gezielt zur Stärkung der Gruppenzugehörigkeit und zur Vermittlung rechtsextremistischer Ideologien einsetzen. Wie die sogenannten „Metapolitiken“ demokratiefeindlicher Akteur:innen in Gamingwelten aussehen zeigt *Mick Prinz* aus Sicht der Projektleitung „Good Gaming Support“ von der Amadeu Antonio Stiftung anhand des Gamings. Solcherart Kommunikations- und Medienstrategien haben das Potenzial rechte Politiken und Stimmungen neu zu inszenieren, indem sie diese aufgreifen, neu zusammensetzen und emotional verfestigen. So können User:innen sich z. B. in Chats von Computerspielen emotional bestärken oder durch Humor erst neue rechte Narrative, Bilder und Gedankenwelten entstehen oder verfestigen lassen. Neben digitalen und internationalen Rekrutierungsstrategien sind insbesondere finanzielle Ressourcen für den Erfolg rechtsextremer Gruppen entscheidend, da sie Demonstrationen, politische Arbeit, Treffpunkte und Rekrutierung ermöglichen. *Teresa Nentwig* untersucht in ihrem Aufsatz, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, um Finanzierungsaktivitäten von Rechtsextremist:innen einzuschränken oder zu unterbinden. Der Thüringer Rechtsextremist Tommy Frenck dient hierbei als Fallbeispiel, um die Finanzierungsquellen deutscher Rechtsextremist:innen zu beleuchten. Er plant, sein Gasthaus „Eiserner Löwe“ zu einem „rechten Freizeitpark“ auszubauen. Ziel ist es, sowohl rechtsextremistisch eingestellte Besucher:innen unter sich zu versammeln als auch finanzielle Gewinne zu steigern. Die Analyse basiert auf einer Studie des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg von Oktober 2024.

Gabriele Rohmann zeigt das Potenzial des Archivs der Jugendkulturen als zivilgesellschaftlicher Wissensspeicher für Forschung, Bildung und Lehre auf. Sie argumentiert, dass Jugendkulturen nicht nur Gefahrenpotenziale bergen, sondern zugleich bedeutende Ressourcen für Prävention, Demokratieförderung und politische Bildung darstellen. In den 1990er Jahren dominierten gewaltbereite rechtsextreme Jugendgruppen, oft sichtbar durch Bomberjacken, Springerstiefel und bestimmte Musikstile, das Bild vieler Orte in Ostdeutschland. Die Autorin zeigt, dass Subkulturen wie Goths, Punks oder Techno-Raver:innen oft pauschalisiert wurden. Ihre Potenziale wurden lange Zeit von Jugendarbeit, Medien und Wissenschaft unterschätzt, obwohl sie Ansätze für demokratische Resilienz und zivilgesellschaftliches Engagement bieten. Als Leiterin des Archivs der Jugendkulturen in Berlin greift Gabriele Rohmann diese Ansätze seit den 1990er

Jahren auf und verbindet historische Dokumentation mit Bildungsarbeit, internationalen Kooperationen und Zusammenarbeit mit polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen.

Eine der vielen Selbstorganisationen von Diskriminierung Betroffener ist die Sinti Union Schleswig-Holstein. Die NGO ist eine 2017 von Nachfahr:innen – Kindern und Enkel:innen – von Holocaust-Überlebenden und Ermordeten gegründete Selbstorganisation mit Sitz in Neumünster. *Kelly Laubinger* ist Geschäftsführerin der Sinti Union und Sinteza.⁴³ Sie wuchs als Kind zweier Sinti-Großfamilien auf. Die von *Laubinger* beschriebenen Erfahrungen machen deutlich, dass das eigene Sicherheitsgefühl für viele Sinti und Roma historisch bedingt primär mit der eigenen Community verbunden ist. Dieses Muster lässt sich polizeisozioologisch als Vertrauens- und Legitimationsproblem lesen: Wenn historisch geprägte Erfahrungen von Kontrolle und Ausgrenzung fortwirken, verliert das staatliche Sicherheitsversprechen an Bindekraft. Die Perspektiven von Betroffenen systematisch zu integrieren könnte helfen, um Praktiken und Handlungsweisen zu reflektieren. Hieraus folgt, dass Sicherheit aus relationalen Prozessen und demokratischer Haltung entsteht, in denen Wahrnehmung, Macht und Anerkennung eine zentrale Rolle spielen.

Auch erinnerungspolitische Fragen sind stets Fragen nach Diversität und Teilhabe von Betroffenen: Die Frage, wer sich wie und an wen erinnert, spiegelt Vorstellungen von gesellschaftlicher Zugehörigkeit, Anerkennung und Ausschluss wider. Entsprechende Debatten haben in der bundesrepublikanischen Geschichte zu unterschiedlichen Zeitpunkten immer wieder eine Rolle gespielt – zuletzt vor dem Hintergrund der Frage, wie künftig an Faschismus und Rechtsextremismus erinnert werden soll. In diesem Kontext sind jüngst einige Erinnerungsstätten an rechte Gewalt entstanden, z.B. in Chemnitz und Baden-Württemberg.⁴⁴ Mehr als achtzig Jahre nach dem Holocaust geht es dabei nicht nur darum, ob es gerecht ist, 101-jährige ehemalige KZ-Wachmänner und Sekretärinnen zu verurteilen, sondern auch darum, wie die Gesellschaft, angesichts rechtsextremer Anschläge

43 Weibliche Singularform von Sinti.

44 Chemnitz 2025: NSU-Dokumentationszentrum eröffnet [5.1.2026]. Das Themenportal „Rechte Gewalt“ schafft einen digitalen Ort, um das Wissen über rechtsextreme und rechtsterroristische Gewalt zu bewahren und zugänglich zu machen. Zum 1.1.2025 begann FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur – ein gemeinsames Projekt mit dem Bundesarchiv und dem Landesarchiv Baden-Württemberg.

und Pogrome seit Rostock-Lichtenhagen⁴⁵, Erinnerung gestalten möchte.⁴⁶ Letztlich zeigt sich in der Erinnerungskultur, wie Gemeinschaft gedacht wird – und von wem. Vor diesem Hintergrund hinterfragt der Autor und Publizist *Max Czollek* die deutsche Erinnerungskultur als versöhnungsorientiertes Projekt. Erinnerung sollte gegenwärtige Machtverhältnisse grundsätzlich in Frage stellen. Erinnerung verweist demnach zwar auf historische Gewalt, verdeckt jedoch gleichzeitig aktuelle Formen von Rassismus und Exklusion, argumentiert er. Für die polizeiliche Ausbildung und für die Vermittlung von Polizeigeschichte könnte dies bedeuten, Erinnerung nicht als abgeschlossene historische Episode zu betrachten, sondern als analytische Kategorie, die die Gegenwart und Historie minoritärer Perspektiven – etwa von Sinti und Roma – sichtbar macht und institutionelle Praktiken kritisch überprüfbar hält und dynamisch ist.

Praxisprojekte, Demokratiebildung und Kompetenzentwicklung

Der dritte Teil schließlich widmet sich konkreten Praxisprojekten, Ansätzen der Demokratiebildung und der Kompetenzentwicklung. Er fragt nach Möglichkeiten und selbstreflexiven Räumen, um polizeiliche Kompetenzbildung und zivilgesellschaftliche Perspektiven nachhaltig in der Polizeipraxis zu stärken.

Polizeigewerkschaften spielen eine besondere Rolle, wenn es um Demokratiebildung und Haltung geht: Sie stärken nicht nur das Bewusstsein der Beschäftigten als soziale Berufsgruppe und prägen das Berufsbild mit,

45 Im August 1992 kam es in Rostock-Lichtenhagen zu einem mehrtägigen rechtsextremen Pogrom gegen Asylsuchende und vietnamesische Vertragsarbeiter:innen. Rechtsextreme Täter griffen unter dem Beifall zahlreicher Zuschauer:innen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber:innen und das Sonnenblumenhaus an, während Polizei und Politik zeitweise versagten. Das Ereignis steht exemplarisch für rassistische Gewalt, gesellschaftliche Zustimmung und institutionelles Underpolicing, Till Kössler/ Janosch Steuer, *Brandspuren*, Bonn 2023.

46 Mit „MEMO Deutschland – Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ erforscht das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld (IKG) seit 2018, was, wie und wozu Bürger:innen in Deutschland historisch erinnern. Ziel ist die empirische Dokumentation der in Deutschland vorherrschenden Erinnerungskultur, erfasst in Form einer repräsentativen Meinungsumfrage im Bevölkerungsquerschnitt. Erstmals wünscht sich eine relative Mehrheit von rund 38 % der Befragten einen „Schlussstrich“ unter die NS-Zeit, <https://www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/memo-studie/> [28.1.2026].

sondern sind auch maßgebliche öffentlich wirksame Akteur:innen in der dienstlichen Aus- und Fortbildung sowie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Beachtenswert ist die inzwischen erfolgte klare Positionierung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Fragen der demokratischen Integrität, etwa durch die Entscheidung, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der GdP und in demokratiefraglichen Organisationen als nicht vereinbar gilt.⁴⁷ So zeigt der stellvertretende Bundesvorsitzende der GDP, *Sven Hüber*, wie und mit welchen Maßnahmen die Gewerkschaft der Polizei aktiv gegen Rechtsextremismus eintritt und welche Herausforderungen, aber auch Chancen, hiermit verbunden sind.

In diesem Kontext argumentiert *Hendrik Cremer* vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin, dass sich Beschäftigte im staatlichen bzw. öffentlichen Dienst immer wieder mit der Behauptung konfrontiert sehen, das staatliche Neutralitätsgebot verbiete es, in Verwaltung, Justiz, Polizei und Bundeswehr Kritik gegenüber rechtspopulistischen bzw. rechtsextremistischen Kräften zu äußern oder aktiv dagegen Stellung zu beziehen. Häufig weisen Beschwerdeführende auf Konsequenzen hin, die bei Nichtbefolgung drohen würden. Anhand der Bedeutung des staatlichen Neutralitätsgebotes zeigt er, wie die demokratischen Werte geschützt werden müssen und wie man sich im Staatsdienst aktiv für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt engagieren kann.

Thomas Köhler und *Peter Römer* analysieren in ihrem Beitrag die Rolle außerpolizeilicher Bildungsorte zur Polizeigeschichte anhand der Arbeit des historischen Ortes der Villa ten Hompel in Münster.⁴⁸ Historische Lern- und Forschungseinrichtungen können nicht nur historisches Wissen vermitteln, sondern dienen zunehmend als präventive Maßnahme gegen Rechtsextremismus: Bei Vorfällen oder Hinweisen auf rechtsextreme Einstellungen innerhalb der Polizei wird in manchen Ausbildungs- und Fortbildungsprogrammen ein Gedenkstättenbesuch angeordnet, um die unmittelbare Auseinandersetzung mit historischer Gewalt und deren Gegenwartsrelevanz zu gewährleisten. So argumentieren die Autoren kritisch, dass die Gefahr bestünde, dass historisches Wissen, das zunächst nur begrenzte unmittelbare Relevanz für den Dienstalltag hat, schnell marginalisiert wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit

47 Erklärung des Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) anlässlich seiner Sitzung am 12. und 13. März 2024 in Hannover, www.gdp.de/brandenburg/de/stories/2024/03/240313-niedersaechsisches-polizeiprojekt-polizeischutz-fuer-die-demokratie-ist-vorbildlich [18.5.2025].

48 Beide sind stellvertretende Leitungen der Einrichtung.

die Auseinandersetzung mit belasteter Geschichte die Einstellungen von Polizist:innen nachhaltig beeinflussen kann: Wirkt historisches Lernen auf polizeiliche Leitbilder, auf unreflektierte Dienststroutinen und auf die alltägliche „Cop Culture“?

Das dreijährige Kooperationsprojekt DISKURS entwickelt ein bundesweit zugängliches Bildungskonzept, das eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit polizeilichen Einsatz- und Ermittlungsanlässen ermöglicht. In dem Aufsatz diskutieren *Haydée Mareike Haass* und *Felix Lange*, wie das Projekt den Dialog zwischen Polizei, Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärkt und die Aus- und Fortbildung der Polizeien durch politische Bildung unter Einbezug der Expertise von Betroffenen professionalisiert. DISKURS fördert die Sensibilität für gesellschaftliche Problemlagen, hinterfragt vermeintliche Eindeutigkeiten und unterstützt die Entwicklung demokratischer Haltungen. Im Austausch mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden Perspektivwechsel angeregt und die kritische Reflexion eigenen Handelns ermöglicht, insbesondere im Umgang mit polizeilichem Fehlverhalten. Hierbei geht es darum, Demokratie als normativen Bezugspunkt zu stärken, interaktive Lernräume zu schaffen und Bildung als selbst-reflexiven Prozess zu begreifen, der Perspektivwechsel und Handlungskompetenz fördert.

Barbara Riegger und *Michael Schmelkus* stellen die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ der Polizei Niedersachsen dar. Das Konzept geht bewusst über die reine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den eigenen Reihen hinaus und umfasst mehr als einzelne Weiterbildungsangebote. Es wurde das Ziel verankert, das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis der Polizei zu bewahren und ihre Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen zu stärken. Gleichzeitig startete die Initiative das Konzept der freiwilligen Demokratiearbeit. Sie zielt darauf ab, Menschen in der Polizei für demokratiebezogene Themen zu sensibilisieren, ihr Engagement zu fördern und besonders engagierte Polizeiangehörige zu qualifizierten Demokratiepat:innen auszubilden. Damit soll ein nachhaltiger Transfer demokratischer Werte in die polizeiliche Praxis gesichert werden.

Gemeinsam machen die Beiträge deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus weder auf individuelle Haltungen noch auf einzelne Institutionen verkürzt werden kann. Sie erfordert vielmehr ein Zusammendenken von institutioneller, polizeilicher und zivilgesellschaftlicher Verantwortung, gesellschaftlicher Kontextualisie-

rung und praktischer Demokratiearbeit – innerhalb der Polizei ebenso wie in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft, der sie dient.

4. Literatur

Abschlussbericht der InRa-Studie „Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext ausgewählter gesellschaftlicher-institutioneller Bereiche“ des unabhängigen Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2026/02/inra.html> [3.3.2026].

Abschlussbericht der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW, <https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/berichtstrechtsband1.pdf> [19.8.2025].

Abschlussbericht der Hessischen Expertenkommission: https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2021-10/20210712_abschlussbericht_experten-kommission.pdf [13.4.2023].

Beelmann, Andreas/ Görgen, Thomas/ Kudlacek, Dominic/ Lutterbach, Sebastian/ Arnold, Andreas/ Gerlach, Josephine/ Naujoks, Pauline/ Vrdoljak, Tihomir, Stärkung der Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus. Abschlussbericht zum Projekt „Connect“ im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/abschlussbericht-connect.pdf?__blob=publicationOnFile&v=4 [25.1.2026].

Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Polizei und Diskriminierung, Ein Überblick über Risiken, Forschungslücken und Handlungsempfehlungen, https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2025/20250522_Polizeistudie.html [26.1.2025].

BKA, Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland erreicht neuen Höchststand, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html?utm_source=chatgpt.com [26.1.2026].

Bericht der Unabhängigen Kommission Antiz**anismus, Perspektivwechsel - Nachholende Gerechtigkeit - Partizipation, Berlin 2021, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf> [22.10.2025].

Backes, Uwe, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Wiesbaden 1989.

Backes, Uwe, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006.

Botsch, Gideon, Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss akteursorientierter Rechtsextremismusforschung, in: Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, hrsg. von Christoph Kopke/ Wolfgang Kühnel, Baden-Baden 2017, S. 131–146.

Botsch, Gideon, Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, in: Handlexikon Rechter Radikalismus, hrsg. v. Klaus Ahlheim/ Christoph Kopke, Ulm 2017.

- Brandenburg, Aurelia/ Schlegel, Linda /Zimmermann, Felix, Handbuch Gaming & Rechtsextremismus, Voraussetzungen, Einstellungen, Prozesse, Auswege, Bonn 2025.
- Bürgin, Julika, Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung, Weinheim 2021.
- „Der Verfassungsschutz hat keinen guten Überblick darüber, wie es in der Polizei aussieht“, Interview mit Prof. Tobias Singelnstein von Heike Kleffner/ Matthias Meisner, in: Staatsgewalt: Wie rechtsradikale Netzwerke die Sicherheitsbehörden unterwandern, hrsg. v. dies., Freiburg/ Basel/ Wien 2023, S. 204–215.
- Chemnitz 2025: NSU-Dokumentationszentrum eröffnet [5.1.2026].
- Dübbes, Carsten, Umgang von Führungskräften mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: Handbuch Polizeimanagement, hrsg. v. Dieter Wehe/ Helmut Siller, Wiesbaden 2017, S. 497–516.
- Feldmann, Dominik, Demokratie trotz(t) Antixtremismus? Extremismusprävention für (Ent-) Demokratisierung und politische Bildung, Frankfurt a. M. 2022.
- Feltes, Thomas/ Plank, Holger, Auf dem Weg zu einer rechtschaffen(d)en, demokratischen Bürgerpolizei. Was kann und was muss getan werden, um Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei vorzubeugen?, in: Rassismus, Rechtsextremismus, Polizeigewalt. Beiträge für und über eine rechtschaffen(d)e, demokratische Bürgerpolizei, hrsg. v. Thomas Feltes/ Holger Plank, Frankfurt a. M. 2021, S. 263–300.
- Fuhrmann, Max, Antixtremismus und wehrhafte Demokratie, Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2019.
- Goetz, Judith/ Reitmaier-Juárez, Susanne/ Lange, Dirk, Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Politische Bildung – Pädagogik – Prävention, hrsg. v. Dirk Lange, Wien 2022.
- Greven, Thomas, The Rise of Right-Wing Populism in Europe and the United States. A Comparative Perspective, Berlin–Washington, D.C. 2016.
- Jaschke, Hans-Gerd, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen 2001.
- Knopp, Vincent/ Terizakis, Georgios/ Denker, Kai/ Groß, Eva/ Häfele Joachim/ Daniela Pollich, Rechtsextreme Meme. Eine praxisorientierte Einführung für die Ausbildung in Polizei und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2025.
- Kopke, Christoph, Rechtsextremismus in der Polizei – Skandale, Befunde und Mutmaßungen, in: Rassismus in der Polizei, hrsg. v. Daniela Hunold/ Tobias Singelnstein, Wiesbaden 2022, S. 127–143.
- Kössler, Till/ Steuer, Janosch, Brandspuren: das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023.
- Kuschewski, Philipp, Politische Bildung und Polizei – Normative Grundlagen und Gestaltung der Bildungspraxis, Frankfurt a. M. 2022.
- Kurbacher, Frauke A., Haltung. Eine philosophische Befragung, in: Sozialpsychiatrische Informationen. Themenschwerpunkt, Sozialpsychiatrie als Haltung – Zwischen Attitüde, Ethos und Revolution, Jg. 2, H. 53 (2023), S. 7–10.
- Kurbacher, Frauke A., Urteilkraft als Prototyp. Überlegungen im Anschluß an Kants „ästhetisch-reflektierende Urteilkraft“, in: Urteilkraft und Heuristik in den Wissenschaften, hrsg. v. Frithjof Rodi, Weilerswist 2003, S. 185–195.

- Kuschewski, Philipp/ Schulze, Verena, Politische Bildung als Beitrag zur Förderung der Fehlerkultur in der Polizei, in: Fehlerkultur in der Polizei. Ausprägung, Einflussfaktoren und Möglichkeitsräume, hrsg. v. Kai Seidensticker, Wiesbaden 2025, S. 401–515.
- „MEMO Deutschland – Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“, Veröffentlichungen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld (IKG) <https://www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/memo-studie/> [28.1.2026].
- Minkenberg, Michael, Demokratie und Desintegration. Der Politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Berlin 2015.
- Mudde, Cas, The Far-Right Today, Cambridge 2019.
- Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen, hrsg. von Christoph Gollasch/ Kai Padberg/ Barbara Dunkel, Berlin 2019.
- Quent, Matthias, Rechtsextreme Akteure in Deutschland. Ein Überblick 2024, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544330/rechtsextreme-akteure-in-deutschland/> [3.1.2026].
- Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und Staat, hrsg. v. Gideon Botsch/ Friedrich Burschel/ Christoph Kopke/ Felix Korsch, Berlin 2023.
- Salzborn, Samuel, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2025.
- Schellenberg, Britta/ Frevel, Bernhard/ Rassismus und Rechtsextremismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei. Ermittlungsarbeit und Opferschutz, in: Forum Politische Bildung und Polizei H. 1 (2021).
- Schellenberg, Britta/ Frevel, Bernhard, Rassismus und Rechtsextremismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei. Aus- und Fortbildung, in: Forum Politische Bildung und Polizei H. 2 (2021).
- Schäfer, Armin/ Zürn, Michael, Demokratische Regression, Berlin 2021.
- Schlüsseltexte der „Neuen Rechten“. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens, hrsg. v. David Meiering, Wiesbaden 2022.
- Schulze, Christoph, Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Bonn 2022.
- Séville, Astrid, Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Jg. 69, H. 49/50 (2019).
- Stöss, Richard, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010.
- Pfahl-Traughber, Armin, Die Extremismustheorie und deren Kritik. Eine kritische Prüfung verbreiteter Zerrbilder, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis H. 3 (2024), S. 45–57.
- Pfahl-Traughber, Armin, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993.
- Pfahl-Traughber, Armin, Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019.
- Verfassungsschutzbericht 2024, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [8.9.2025].

Dr. Haydée Mareike Haas

Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Mokros, Niko/ Eden, Marco, Die Mitte Studie. Rechts-extreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25, hrsg. v. Franziska Schröter, Bonn 2025.